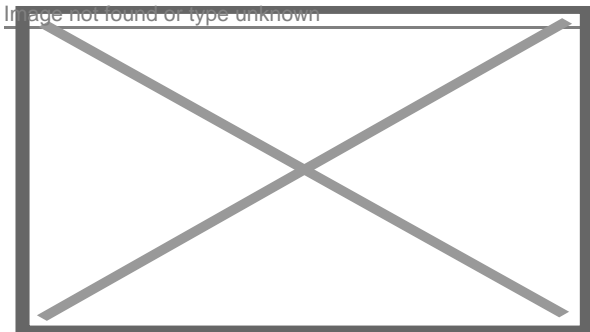

FDP Offenbach

FDP: AREAL AN KAISERLEI-BRÜCKE MIT KLEINEM GELD VERSCHÖNERN

09.12.2010



Die FDP hält die Verwaltungsvorlage zum

„Grünring an der Kaiserlei-Brücke“ nach der zustimmenden Erklärung der SPD-Fraktion zum Teildeckungsvorschlag der Liberalen für die Turnhalle Waldhof für „politisch ziemlich tot“. „Unsere von manchen kritisierte Zuspitzung auf die Frage, ob man sich ein solches Projekt leisten könne, während gleichzeitig ein Schulstandort noch auf seine Turnhalle wartet, hat schnellere Wirkung gezeigt als wir uns das erträumt haben“, so FDP-Fraktionsvorsitzender Oliver Stirböck. Die Prioritäten der Stadtpolitik seien hier wieder in Richtung Bildung zurechtgerückt worden. Mit einem Verzicht auf eine große Lösung am Grünring würde sich die Stadt etwas Luft für eine Turnhalle in Waldhof schaffen. Bis zu einem Turnhallenbau müssten aber noch weitere Mittel gefunden und politische Widerstände überwunden werden.

Die Freidemokraten begrüßen Vorschläge der am Kaiserlei-Areal befindlichen SG Wiking, den Zustand des Areals mit bescheidenen Mitteln zu verbessern. „Also eher 40.000 als 400.000“, so FDP-Fraktionsvorsitzender Oliver Stirböck. In einer Stadt wie Offenbach, die solche gewaltigen Ausgaben aus der erforderlichen Schulbausanierung vor sich hat, muss es bei nicht ganz so wichtigen Maßnahmen nicht immer die teuerste Lösung sein. „Auch mit kleinem Geld ist sicherlich einiges möglich, was den Gesamteindruck hebt“, so Stirböck. Stirböck zeigte sich beeindruckt, wie schnell sich der Verein gedanklich auf die

neue Situation eingestellt habe. „Nicht jeder direkt Betroffene hat ein solches Verständnis für die finanzielle Gesamtsituation der Stadt“, lobt Stirböck. Seine Fraktion werde eine Prüfung einer solchen „Mini-Variante“ mit in die Wege leiten. Diese solle auch eine stärkere Pflege etwa des Grüns beinhalten.

Der Finanzierungsvorschlag der CDU für den Bau der Turnhalle, die Umgestaltung des Marktplatzes um ein Jahr zu schieben, sei hingegen finanztechnisch nicht sinnvoll. Es besteht die Gefahr, dass der Stadt dann in dieser Höhe die Gelder aus den Landesmitteln des „Programms aktive Innenstadt“ verloren gehen könnten, weil sich andere Projekte aus diesem Programm hinter den Förderzeitraum verschöben. CDU und FDP sollten sich aber beim Zuschussgeber dafür einsetzen, dass die Richtlinien für das Förderprogramm überarbeitet würden und eine weitere Streckung möglich werde.